

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

„Flüchtlingskrise“ und „Terrorismusbekämpfung“ scheinen auch in der zweiten Jahreshälfte von 2016 die wichtigsten (tages-)politischen Themen zu sein: Nicht mehr nur innerhalb des rechten Spektrums werden ein „effektiverer Schutz“ der europäischen Außengrenzen, schnellere Rückführungen auch in unsichere Herkunfts- und Drittländer und Obergrenzen für Geflüchtete ebenso gefordert wie der weitere Ausbau von Überwachungstechniken oder ein „Verschleierungsverbot“ von Frauen in öffentlichen Räumen. Die „Flüchtlings- und Sicherheitskrise“ wird so diskursiv als aktuelles „Hauptproblem“ europäischer Staaten gerahmt. Dadurch bleibt unbearbeitet wie unpolitisiert, dass wir es gegenwärtig mit einer multiplen Krise zu tun haben: mit einer Krise der globalen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, die weder mit den hegemonialen Begriffen beschrieben noch mit den vorgeschlagenen Lösungen nachhaltig bearbeitet werden kann.

Diese multiple Krise würde eine fundamentale Neuausrichtung der gesellschaftlichen Ordnung verlangen, um die zyklischen Akkumulationskrisen und die damit einhergehende Zerstörung von Ressourcen sowie die wachsende Prekarisierung von Menschen zu vermeiden, die entlang von Geschlechter-, Klassen-, Sexualitäts-, „race“- und Migrationsverhältnissen unterschiedlich verteilt sind. Stattdessen wird scheinbare Sicherheit für manche versprochen, indem durch autoritäre, gewaltvolle, nationalistische Politiken Migrant_innen aus der Festung Europa ferngehalten und die hier lebenden Geflüchteten zunehmend diskriminiert und ausgeschlossen werden. In dieser Situation bräuchte es Politiken, die die bestehenden Produktions- und Reproduktionsverhältnisse und die in sie eingeschriebenen klassistischen, geschlechtlichen, rassistischen und neokolonialen Ungleichheitsverhältnisse radikal in Frage stellen. Und: dringlicher denn je wären feministische intersektionale Politiken, die seit jeher die Gesellschaft fundamental verändern wollen.

Als mögliche geschlechterpolitische Strategien für eine Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse könn(t)en, so der Ausgangspunkt des Schwerpunktes dieses Heftes, Gender Mainstreaming und die EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinien dienen – trotz aller Kritik und Bedenken, die diese von Beginn an begleiteten. Im Lichte des 20-jährigen Jubiläums des Vertrags von Amsterdam im Jahr 2017, der Geschlechterpolitik als Querschnittsaufgabe und Antidiskriminierung vertraglich verankerte, reflektieren die Beiträge den ambivalenten Stand des supranationalen europäischen Genderregimes. Einerseits wird deutlich, dass Gleichstellungspolitik nicht mehr nur auf Beschäftigungspolitik reduziert ist. Andererseits zeigen die fünf Beiträge zu Arbeitsweise der Europäischen Kommission, Wirtschaftspolitik, sexistischer Werbung, Klima und Asyl die vielfältigen Hindernisse, aufgrund derer Gender Mainstreaming

und Anti-Diskriminierungsrichtlinien entgegen des eigenen Anspruchs nicht immer zu tatsächlichen Veränderungen von Staat, Produktions- und Reproduktionsverhältnissen geführt haben. Immer stärkere institutionelle Blockaden durch nationalistische Politiken (mit dem vorläufigen Höhepunkt des Brexit-Referendums) und die EU-Austeritätspolitik scheinen jenen Recht zu geben, die die emanzipatorischen Potenziale des supranationalen europäischen Genderregimes pessimistisch einschätzen. Dennoch bleibt der Grundtenor aller Beiträge, dass es weiterhin gilt, Gender Mainstreaming und Anti-Diskriminierungspolitiken für transformative Politiken zu nutzen.

Das Forum wird mit einem Beitrag zu einer weiteren feministischen Strategie eröffnet: der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als Hebel für eine radikale Transformation von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Ebenso diskutiert wird, welche Auswirkungen Vaterschaft auf Erwerbsbiographien von Männern zeitigt. Ein historischer Beitrag zeigt, wie Frauen in der Weimarer Republik sich trotz Hindernissen in die Ausgestaltung des Ehe- und Familienrechts involvierten.

Wie im letzten Heft angekündigt, führen wir im aktuellen Forum auch die in Heft 1/2016 eröffnete Debatte zu den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln 2015/2016 fort, denn es ist weiterhin wichtig, feministische Kritik am Sexismus nicht von nationalistischen und rassistierenden Politiken in den Dienst nehmen zu lassen. Ein Beitrag widmet sich der medialen Berichterstattung über die Kölner Silvesternacht, ein zweiter der Diskussion der ‚unbehaglichen Frage‘, ob es einen ‚rechten Feminismus‘ geben kann. Der dritte Beitrag stellt den Debatten zu ‚Köln‘ eine außereuropäische, klassenkritische Perspektive zur Seite; der vierte lotet Perspektiven transnationaler feministischer Solidarität aus.

Wie vielfältig feministische Kämpfe trotz und in den aktuellen Kräfteverhältnissen sind, zeigt auch die Rubrik Tagespolitik: Hier wird dargelegt, dass feministische Perspektiven Teil der linken Initiative „Aufbruch“ in Österreich sein müssen, wie Gleichstellungspolitik in Sachsen-Anhalt trotz veränderter Parteienlandschaft weiterhin fest verankert ist, warum feministische Kritik am § 218 weiterhin aktuell und feministische Kritik an TTIP und CETA dringlich ist.

In der Rubrik Neues aus Lehre und Forschung findet sich neben hochschulpolitischen Informationen ein Erfahrungsbericht eines Projekts der Universität Gießen, in dem versucht wird, in der Zusammenarbeit von Geflüchteten und Studierenden die Hochschule als Raum transkultureller Begegnung anzueignen.

Wie gewohnt finden sich in den Rezensionen und der Rubrik Ankündigungen und Infos Hinweise auf aktuelle Publikationen. Am Ende des Heftes steht der Call für die übernächste Ausgabe der *Femina Politica* zu Care im (sozialinvestiven) Wohlfahrtsstaat.

Eine anregende Lektüre wünscht Eure/Ihre Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2017 Macht- und Geschlechterverhältnisse: 20 Jahre *Femina Politica*

2/2017 Care im (sozialinvestiven) Wohlfahrtsstaat